B 64-LTW Kerstin Claus / Kreisverband Mainz-Bingen

Antragsteller*in:	Kerstin Claus (KV Mainz-Bingen)
Tagesordnungspunkt:	2 Wahlversammlung zur Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern für die Wahl zum 18. Landtag von Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2021



Listenplatz 17

Liebe Freundinnen und Freunde,

mit dem Votum der KreisGRÜNEN Mainz-Bingen bewerbe ich mich für den Listenplatz 17.

Mein Anliegen ist, mit meinen bisherigen inhaltlichen Schwerpunkten auf Landesebene sowie meiner bundespolitischen Expertise unsere GRÜNE Politik künftig auch im Landtag insbesondere im Bereich der schulischen Bildung sowie der Kinder-, Familien- und Sozialpolitik zu stärken.

Dazu konnt die Kommunalpolitik, - einmal als Sprecherin des OV Nieder-Olm und Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Verbandsgemeinderat Nieder-Olm sowie als Mitglied unserer Kreistagsfraktion (Mainz-Bingen).

Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt

Seit vielen Jahren bin ich in verschiedenen Gremien des Bundesfamilienminsteriums und des Bundesmissbrauchsbeauftragten (UBSKM) tätig. Prävention, Intervention und Hilfen für Betroffene stehen im Mittelpunkt meiner Arbeit. Mit diesem Fokus begleite ich Gesetzesvorhaben und -änderungen, wie aktuell den von Bundesjustizministerin Lambrecht geführten Dialog zur Strafrechtsreform oder aber der Reform des SGB VIII, also der Kinder- und Jugendhilfe. Themenfelder sind zum Beispiel kindgerechte Justiz, die Stärkung des Kinderschutzes sowie den flächendeckenden Ausbau von Hilfen und Beratung sowohl für Fachkräfte wie auch für Betroffene. Als Sachverständige der GRÜNEN Bundestagsfraktion war ich in die Entwicklung des neuen Sozialen Entschädigungsrechts (SGB XIV), dem bisherigen Opferentschädigungsrecht eingebunden.

Kinder vor sexualisierter Gewalt zu schützen, kann nur gelingen, über eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung. Wir brauchen eine Kultur des Hinsehens und dann auch Handelns.Hinsehen heisst, anzuerkennen, dass Kinder auch heute bei uns in großem Ausmaß sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind. Und zu folgern, dass wir ressortübergreifend auch in Rheinland-Pfalz uns dieser Tatsache stellen müssen. Mit Konsequenzen für die Ermittlungsarbeit und der Gerichte, der verbindlichen Verankerung des Themas in der Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften und dem Ausbau von Beratung und Hilfen für Betroffene. Handeln braucht Handlungskompetenz und zwar in allen Bereichen, in denen sich Kinder und Jugendliche bewegen, ebenso wie in allen fachlichen Strukturen, die sie begleiten.

Rheinland-Pfalz ist hier - dank der Arbeit von Anne Spiegel und ihres Ministeriums - bundesweit immer wieder Vorreiter. Auf dieser guten Grundlage Kinderschutz in der kommenden Legislaturperiode weiter auszubauen, ist mir wichtig.

Kinderrechte und Kampf gegen Kinderarmut

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf ein gutes Aufwachsen und auf die Unterstützung, die hierfür nötig ist. Es ist ein Skandal, dass in Deutschland jedes vierte Kind in Armut leben muss. Die Corona-Pandemie droht, diese soziale Ungleichheit auch in Rheinland-Pfalz weiter zu verschärfen. Unsere GRÜNE Politik muss alles daran setzen, diesen Entwicklungen entgegenzutreten.

Politik vom Kind her zu denken braucht eine Kindergrundsicherung und braucht eine Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Hier geht es mir um eine klare Positionierung unserer künftigen Landesregierung im Bundesrat. Es geht darum, Kinder konsequent in allen Strukturen anzuhören und zu beteiligen. Und darum, dass es das Wohl der Kinder ist, das handlungsleitend für alle staatlichen Ebenen sein muss, zum Beispiel in den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe.

Schule der Zukunft: Demokratie, gleichberechtigte Teilhabe und Inklusion

Alle Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf Bildung und damit der gleichberechtigten Teilhabe.

Schule ist der Ort, der alle Kinder und Jugendliche prägt, der mit entscheidet über ihre individuelle Entwicklung und damit ihre Zukunftschancen. Und deswegen muss Schule gestärkt werden als ein Ort, in dem Demokratiebildung nicht nur im Lehrplan steht, sondern als ein Ort, in dem sie tagtäglich Demokratie und damit eigene Beteiligungsrechte aktiv erleben. Die Schülerinnen und Schüler von heute werden entscheidend dafür sein, dass künftig rechte Hetze, Demokratiefeindlichkeit und menschenverachtendes Denken ebenso wenig Platz im gesellschaftlichen Diskurs haben wie das gesellschaftliche System destabilisierende Verschwörungsmythen.

Schulen brauchen mehr Autonomie, um Antworten auf regionale und strukturelle Herausforderungen geben zu können. GRÜNE Bildungspolitik will Schulen stark machen für eigene Lösungsansätze, die dann auch gemeinsam gestaltet werden. Und das bezieht dann insbesondere auch Eltern und natürlich Schülerinnen und Schülern aktiv mit ein.

Inklusion, so wie wir GRÜNEN sie verstehen im Sinne einer Schule für Alle, fordert auch schulpolitisch einen so viel weiteren Blick, als es das Schubladendenken in sonderpädagogischen Förderschwerpunkten aktuell zulässt.

Wir brauchen mehr GRÜNE Bildungspolitik, mehr gemeinsames Lernen und gezielte Förderung aller Kinder, egal welche Barrieren ihrem Lernerfolg im Wege stehen. Kinder und auch deren Eltern werden insbesondere in den Übergängen viel zu oft allein gelassen, - also im Wechsel von Kita zur Grundschule oder dann beim Wechsel zur weiterführenden Schule. Die Fachkräfte der verschiedenen Bildungswege sind immer wieder zu wenig vernetzt. Und dies geht zu Lasten der Kinder, weil in der Folge ganze Schuljahre vergehen oder ganze Bildungswege scheitern, weil Unterstützung nicht oder eben zu spät erfolgt.

GRÜNE Politik in Rheinland-Pfalz

GRÜNE Politik, das steht für mich zuvorderst für gelebte Demokratie. Menschenrechte und und die Gleichhalt aller sind für mich nicht verhandelbar.

Auch für mich steht zudem Klimaschutz ganz vorne. Hier werde ich alle Kanditat*innen in ihrer Expertise nach Kräften unterstützen. Ich stehe für gemeinses Agieren und Vernetzung, weil ich der festen Überzeugung bin, dass nachhaltige Erfolge nur im Team gelingen.

Gern möchte möchte ich in unserer neuen Landtagsfraktion diese GRÜNEN Visionen stärken und voranbringen. Mit dieser Motivation und meinem politischen Engagement werbe ich um Eure Unterstützung und würde mich freuen über euer Vertrauen!

Biografische Daten:

- geb. 1969
- aufgewachsen in Bayern (Raum Passau)
- Studium in Regensburg, München, Syracus N.Y. (Journalismus, Literatur, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte)
- Journalistin (ZDF)
- berufsbegleitendes Studium (Master) Systemische Beratung 2016-2020

GRÜNES

- Mitglied seit 2011
  - VG-Rat Sprendlingen-Gensingen (2014-2016)
  - Sprecherin OV Nieder-Olm (seit 2018)
  - VG-Rat Nieder-Olm (Fraktionsvorsitzende) seit 2019
  - Kreistag Mainz-Bingen seit 2019

Bundespolitisches Engagement

- Nationaler Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen seit 2019 https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/nationaler-rat-gegen-sexuelle-gewalt-an-kindern-und-jugendlichen-eingerichtet/141980
- Betroffenenrat beim Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) seit 2015
  https://beauftragter-missbrauch.de/betroffenenrat/der-betroffenenrat-2

Aktiv im Vorstand Elternkreis Autismus Rheinhessen

Votum des KV Mainz-Bingen sowie Direktkandidatin im Wahlkreis 31 Ingelheim

Kontaktdaten (z.B. Telefon oder E-Mail):

Mail: kclaus@posteo.de

Twitter: @kerstinclaus